

## Statements der Fraktionen

### Kostenfrage als Aufgabe

Die traditionelle Aussprache zum Tätigkeitsbericht eröffnete Erwin Dotzel, Bezirkstagspräsident von Unterfranken und Sprecher der CSU-Fraktion. „Ich möchte drei Punkte ansprechen, die für uns wichtig sind: Die Pflege, das Pflegewohnqualitätsgesetz und die finanzielle Situation der Bezirke“. Derzeit seien die Bezirke sorgenfrei, denn die finanzielle Situation sei so gut wie lange nicht mehr. Allerdings mahnte Dotzel, das man sich darauf nicht ausruhen dürfe, denn eine Kostenlawine komme sicher in absehbarer Zeit auf die Bezirke zu. Bereits heute müsse man sich darauf vorbereiten. Wichtig sei, dass der Bund den nachdrücklichen Forderungen der Bezirke folge und das notwendige Geld „durchreiche“. Dotzel dankte Bezirkstagspräsident Josef Mederer für seine klaren Worte zu diesem Thema. Er erinnerte an die kommenden Kosten durch das Pflegewohnqualitätsgesetz, das Einzelzimmer vorschreibe. Allein dadurch kämen Beträge in Höhe von 400 Millionen Euro auf die Bezirke zu. Klar sei, dass durch den demographischen Wandel die Kosten eher noch höher steigen würden. Er erwähnte auch, dass die Bezirke bereits heute darauf reagieren.

Gerhard Wimmer, neuer Sprecher der SPD in der Nachfolge von Manfred Klopff, stellte die Inklusion in den Mittelpunkt seines Beitrags. Deutlich wies er darauf hin, dass sie nicht zum Nulltarif möglich sei, sondern sehr teuer werde. Aber dies sei eine lohnende Investition. Ausdrücklich sprach er sich für die Frühförderung aus, die nicht nur besonders wichtig sei, sondern sich auch bewährt habe. Ausführlich ging Wimmer auf das neue Entgeltsystem in der Psychiatrie, PEPP, ein. Zwar sei die Einführung zunächst verschoben, es habe jedoch jetzt schon zu viel Unruhe bei den Mitarbeitern geführt. Auch zukünftig müsse für erbrachte Leistungen eine psychiatrische Klinik eine angemessene Entschädigung bekommen.

Tamara Bischof (Freie Wähler) verwies ebenfalls auf die Probleme des demographischen Wandels. Der Zugang zum Beruf Pflege müsse jedoch geändert werden, denn noch immer müssten zukünftige Altenpfleger für ihre Ausbildung bezahlen. So könne man keine jungen Menschen für den Beruf begeistern. Auch sie forderte, dass das Entgeltsystem PEPP nicht zu einer strukturellen Unterfinanzierung der Einrichtungen führe dürfe.

Kirsi Hofmeister-Streit (Die Grünen) ging auf die UN-Konvention ein und betonte, dass bei der Inklusion heute nicht mehr schablonenhafte Vorgaben gelten, sondern das inzwischen individuelle Lösungen gesucht werden. Sie plädierte dafür, dass Betriebe einen dauerhaften Nachteilszuschuss bekommen, um möglichst viele behinderte Menschen ins Berufsleben zu integrieren. Wie bereits ihr Vorredner Wimmer ging auch Hofmeister-Streit auf die Notwendigkeit eines neuen Psych-KHG. *Henner Lüttecke*